



Manifest für ein nachhaltiges Europa zum Wohl seiner Bürger*innen

WIR MÜSSEN HANDELN



**Friends of
the Earth
Europe**

Die Gründung der Europäischen Union gehört zu den größten Friedensprojekten der modernen Geschichte. Mit ihr wurde eine Region geschaffen, zu deren erklärten Grundwerten Menschenwürde, die Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit zählen.



**Global
Call to Action
Against Poverty**
People Rising To End Inequalities

Neben der Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens zwischen ihren Mitgliedsstaaten sind auch sauberere Flüsse, Schutz vor chemischer Verschmutzung, Erziehungsurlaub, hochwertige Bildung und Freizügigkeit im Schengen-Raum Errungenschaften, die auf die EU zurückgehen.



**EUROPEAN
HUMANIST
FEDERATION**

Doch ungeachtet des bedeutenden Vermächtnisses und der großen Aufgabe der Europäischen Union haben europäische Entscheider*innen – mit ihren Reaktionen auf die Finanzkrise, auf die Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltzerstörung, auf die Eindämmung der zunehmenden Ungleichheit und die Untergrabung der Frauenrechte, auf Skandale wie in unserer Lebensmittelindustrie oder auch Dieseltgate und nicht zuletzt mit der Schließung unserer Grenzen und Zurückweisung von Bedürftigen in Reaktion auf die zunehmende Migration – leider entgegen der Grundwerte der EU gehandelt und einige der historischen Siege, für die wir gekämpft haben, de facto rückgängig gemacht.



EEB
European
Environmental
Bureau

Die Menschen haben heute das Gefühl, die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Reichen werden über das Gemeinwohl gestellt. Wir sehen uns konfrontiert mit den Auswirkungen der Sparpolitik – wachsender Armut und Ungleichheit, hoher (Jugend-) Arbeitslosigkeit und zunehmend schlechterem Zugang zu einer gesicherten Gesundheitsversorgung –, während große Unternehmen sich weigern dürfen, faire Steuern zu zahlen. Dringende Probleme, die Hunderttausende von Menschenleben fordern, bleiben ungelöst – wie etwa die Klimakrise oder die Luftverschmutzung. Kurz gesagt, die Menschen in Europa werden zurückgelassen, und nicht jeder hat Teil an den positiven Aspekten der Union.



**GLOBAL
HEALTH
ADVOCATES**

solidar

Auch waren wir als Europäische Union bisher nicht in der Lage, eine gemeinsame und menschliche Antwort auf die Wanderungsbewegungen von Migrant*innen und Geflüchteten zu entwickeln. Die Achtung ihrer Menschenrechte ist nicht gewährleistet. Zudem stellen wir fest, dass der Handlungsspielraum für Zivilgesellschaft und Gewerkschaften bei der Verteidigung von Grundrechten, Grundfreiheiten und Umweltschutz in vielen Ländern Europas abnimmt.



**FAMILIES
EUROPE**

**European
Civic Forum**

All dies hat bei vielen Europäer*innen zu Frust geführt – und zum Verlust ihres Vertrauens in die Fähigkeit der EU-Institutionen, auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Die wachsende Unterstützung nationalistischer und fremdenfeindlicher politischer Kräfte in ganz Europa stellt nicht nur ein beunruhigendes Anzeichen für diese Unzufriedenheit dar, sondern auch eine schwere Bedrohung für die Demokratie und unsere Grundwerte.

Eurodiaconia  Connecting faith
and social justice
through action



Nyt Europa

EIN ANDERES EUROPA IST MÖGLICH!

In Anbetracht der Herausforderungen der aktuellen Situation in Europa sollten wir uns, als Bürger*innen, in Debatten über die Zukunft Europas nicht auf die Frage beschränken: *„Wollen wir mehr oder weniger Europa?“* Stattdessen sollten wir uns vielmehr auf unsere Bedürfnisse für die Zukunft und unsere Rechte konzentrieren. Die Schlüsselfrage lautet doch: *„In was für einem Europa wollen wir leben?“*

Aktuell vereinen sich daher mehr als 200 zivilgesellschaftliche Organisationen aus ganz Europa, um Menschen zusammenzubringen, über „das Europa, das wir wollen“ zu diskutieren und diesen Punkt auf die Agenda der bevorstehenden EU-Parlamentswahlen zu setzen. Wir glauben fest an ein europäisches Projekt, das auf den ethischen Grundwerten Europas und nachhaltiger Entwicklung basiert: Demokratie und Transparenz, soziale und ökologische Gerechtigkeit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Solidarität. Diese Werte müssen im Mittelpunkt aller Politik stehen. Dafür jedoch sind – ab heute – grundlegende Veränderungen erforderlich. Wir wollen, dass europäische Grundsätze, Regeln und Normen die Absichten erfüllen, mit denen sie einmal aufgestellt wurden: Erhaltung von Wohlbefinden und Gesundheit, Garantie von Sicherheit und Freiheit für die Menschen sowie Gewährleistung von Klima- und Umweltschutz. Wir wollen eine Politik, die gegenwärtigen und künftigen Generationen innerhalb wie außerhalb Europas dient und förderlich ist.

DER WEG ZU DEM EUROPA, DAS WIR WOLLEN

Um das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückzugewinnen, müssen das Europäische Parlament, die Europäische Kommission sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten folgende Schlüsselthemen auf der Agenda für bevorstehende Debatten, die zu den EU-Parlamentswahlen, zur neuen Kommission und zur Zukunft Europas geführt werden sollen, vorrangig behandeln.

1. **EUROPA IN DIE HAND DER MENSCHEN LEGEN** - Aktiver Bürgerschaft sowie einer neuen und wirksamen Beteiligung der Zivilgesellschaft muss Priorität eingeräumt werden, um die Demokratie (auch am Arbeitsplatz), die Transparenz, den für alle offenen Zugang zu den Grundrechten und das Vertrauen der EU-Bürger*innen in den Aufbau eines gerechten und nachhaltigen Europas zu fördern. Jugendliche und Kinder sollten als aktive Bürger*innen einbezogen und zugleich ermutigt werden, sich sinnvoll an europapolitischen Prozessen zu beteiligen. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um EU-Institutionen und nationalen Regierungen bezüglich ihrer Entscheidungsfindung eine verschärfte Rechenschaftspflicht und Transparenz aufzuerlegen. Die Interessen von Bürger*innen und Zivilgesellschaft müssen über die eigenen finanziellen und/oder kommerziellen Interessen gestellt werden. Staatsbürgerkunde und die Förderung kritischen Denkens sollten die Menschen befähigen, sich besser an öffentlichen Diskussionen zu beteiligen.
2. **GLEICHHEIT UND MENSCHENRECHTE** - Die öffentliche Politik und legislative Maßnahmen sollten sicherstellen, dass alle Bürger*innen und Einwohner*innen Europas im Einklang mit europäischen und internationalen Menschenrechtsnormen den gleichen Schutz genießen und – gemäß den Grundsätzen der Selbstbestimmung und der Menschenwürde – ihre Grundrechte und -freiheiten entsprechend ihren eigenen Überzeugungen und frei von Diskriminierung ausüben und leben können. Die EU muss ihre Politik sowie ihre Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter verbessern und zugleich gewährleisten, dass alle Menschen, die Diskriminierungen jeglicher Art ausgesetzt sind, gleiche Chancen in der Gesellschaft haben.
3. **EIN STARKES SOZIALES EUROPA** – Das Europäische Sozialmodell sollte allen Bürger*innen umfassenden und fairen Schutz bieten, dabei Armut lindern und jeder/m die Möglichkeit bieten, sich zu entfalten. Angemessenes Einkommen sollte die Kluft zwischen

Wohlhabenden und Benachteiligten verringern und eine gewisse Lebensqualität gewährleisten. Menschenwürdige Arbeitsstandards, Gleichberechtigung, höhere Lebensqualität und geringere Diskrepanzen im Gesundheitswesen (innerhalb und zwischen den Ländern sowie über Generationen hinweg) sollten allen zugutekommen., Integration und Sozialversicherung, menschenwürdige Arbeit, Gleichstellung der Geschlechter, ein öffentliches Gesundheitsversorgungssystem, Zugang zu erschwinglichem Wohnraum guter Qualität, Umweltgerechtigkeit, hochwertige Bildung und gleichberechtigter Zugang zu Kultur müssen die Grundprinzipien hinter jeder politischen Agenda auf nationaler wie auch europäischer Ebene sein.

4. **AMBITIONIERTER KLIMASCHUTZ** – Das Pariser Klimaschutzabkommen sollte vollständig umgesetzt werden. Darüber hinaus sollte es sich nicht allein in EU-Emissionsminderungszielen für 2030 und 2050 widerspiegeln, die sich an der Selbstverpflichtung ausrichten, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen: Es sollte vielmehr auch in einer ehrgeizigen EU-Klimapolitik zum Ausdruck kommen, die einen raschen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen jeder Art vollzieht und den Ansatz der Energieeffizienz durch das Ziel ersetzt, den absoluten Energieverbrauch zu senken. Die EU sollte den gerechten und nachhaltigen Umstieg auf 100% erneuerbare Energien beschleunigen – auf eine Energieversorgung also, die sauber und erschwinglich ist, kommunales Eigentum fördert und nicht zu Energiearmut führt.
5. **ROBUSTES MANAGEMENT NATÜRLICHER RESSOURCEN** - Es sollten gemeinsame Normen festgelegt und durchgesetzt werden, die für die Reinhaltung von Luft und Wasser, sichere und gesunde Lebensmittel sowie den Schutz unserer Ozeane sorgen. Es gilt, ambitionierte Maßnahmen zu ergreifen, um die Entwaldung sowie den Verlust der Artenvielfalt sowohl in Europa als auch weltweit zu stoppen und der untragbaren Ausbeutung natürlicher Ressourcen, auch im globalen Süden, ein Ende zu setzen. Darüber hinaus sollte aktiv darauf hingearbeitet werden, den Ressourcenverbrauch Europas an die Regenerationskapazität der Erde anzupassen – und das auch durch die Umsetzung von Suffizienzstrategien.
6. **NACHHALTIGE PRODUKTIONSSYSTEME FÜR GESUNDE LEBENSMITTEL** – Eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist unerlässlich, wenn wir gesündere Lebensmittel sowie faire Preise für die Klein- und Biobauern Europas anstreben. Eine solche Reform sollte einhergehen mit mehr Umwelt- und Naturschutz, größerer Ernährungssouveränität, der Förderung regionaler Bauernmärkte, stärker gesundheitsorientierten Ernährungssystemen, weniger Lebensmittelverschwendung sowie einem Stopp der Müllentsorgung im globalen Süden. Die EU sollte dem Übergang zu ökologischer Landwirtschaft, Kleinlandwirtschaft und Aufforstung als Schlüsselmaßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels Vorrang einräumen.
7. **FAIRE BESTEUERUNG** - Effektive und koordinierte Steuermaßnahmen sollten sicherstellen, dass alle Unternehmen ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen und zu den öffentlichen Haushalten auf nationaler und Ebene beitragen, um Zugang zu sozioökonomischen Rechten und Wohlstand zu erhalten. Die EU muss sich verpflichten, Steuerhinterziehung weltweit wirksam zu bekämpfen und die europäischen Steueroasen zu schließen.
8. **EINE FAIR-TRADE-AGENDA** - Internationaler Handel sollte als Mittel zur effizienten Verteilung von Waren und Dienstleistungen unter Beachtung sozialer und ökologischer Ziele betrachtet werden. Handelsabkommen sollten Menschen, Arbeitnehmern und Kleinerzeugern zugutekommen – sie sind nicht als Werkzeug im ausschließlichen Interesse multinationaler Unternehmen und Investoren zu sehen. Somit sollten beispielsweise menschenwürdige Arbeit und besserer Sozialschutz gewährleistet sein. Handels- und Investitionsabkommen sind in erster Linie auf das Wohl und Interesse der Öffentlichkeit auszurichten – und nicht etwa auf die Senkung der Kosten- oder sonstigen Belastungen von Unternehmen. Schiedsgerichte sowie bestehende Sonder- oder Vorzugsrechte für Investoren sollten abgeschafft werden.
9. **DIE ROLLE DER EU IN DER WELT** - Der EU kommt bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung eine Schlüsselrolle zu. Die EU muss sicherstellen, dass alle ihre

politischen Grundsätze und Strategien – intern wie extern – kohärent sind und mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG) in Einklang stehen. Die Übersee-Entwicklungshilfe der EU sollte vor allem den Bedürftigsten, und somit auch den am wenigsten entwickelten Ländern, zugutekommen sowie all jenen, die am stärksten an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind. Die EU muss ihre Investitionen umstrukturieren, um Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung und den allgemeinen Zugang zu Grundrechten weltweit zu verwirklichen. Mit Blick auf ihre im Ausland tätigen Unternehmen sollte sie sich aktiv für rechtsverbindliche europäische und internationale Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte einsetzen und auf ein UN-Abkommen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte drängen.

10. **EINE REAKTION AUF MIGRATIONSBEWEGUNGEN, DIE DEN MENSCHEN SIEHT** - Zum Schutz und Nutzen aller Beteiligten sollte Europa mit gutem Beispiel vorangehen und eine menschliche Reaktion auf globale Migrationsbewegungen gewährleisten. Asylbewerber*innen sollten in Europa willkommen geheißen und im Sinne der UN-Flüchtlingskonventionen behandelt werden.
11. **BEDARFSORIENTIERTE, VERANTWORTUNGSVOLLE FORSCHUNG** - EU-Investitionen sollten Ergebnisse zum Wohle der Allgemeinheit erbringen und gesellschaftliche Herausforderungen angehen. Forschung, die heute priorisiert und finanziert wird, sollte entscheidenden Einfluss auf die Zukunft unserer Gesellschaften und unseres Planeten haben. Unsere Forschung sollte Europa und die Welt zu einem ökologisch nachhaltigen, friedlichen und gesunden Lebensraum machen. Den Prioritäten bzw. Budgets von Militär und Wirtschaft darf kein Vorrang mehr eingeräumt werden. EU-Forschung sollte demokratisch sein, der Allgemeinheit dienen, lokale Gegebenheiten im Blick haben und die Grenzen unseres Planeten respektieren. Sprich, sie sollte sich von stark wachstumsorientierten, ressourcenintensiven Wirtschaftsmodellen, die nur einigen wenigen Profit einbringen, verabschieden.
12. **EIN EU-HAUSHALT, DER DEM WOHL DER MENSCHEN DIENT** - Der EU-Haushalt sollte sein Potenzial nutzen, Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Wohlstand zu fördern – durch Investitionen in soziale Infrastruktur, Bildung, Kultur und Klimaschutz. Dazu gehört auch der schrittweise Ausstieg aus nicht nachhaltigen Investitionen und/oder Subventionen sowie die Stärkung der Rechenschaftsmechanismen. Mit anderen Worten: Ein solcher Haushalt sollte für und mit Mensch und Mutter Erde gemacht werden.

Die Unterzeichner dieses Manifests:

11.11.11
Act Alliance EU
ALDA – European Association for Local Democracy
ASVIS – Italian Alliance for the Sustainable Development
Caritas Europa
CBM
CEE Bankwatch Network
CEE web for Biodiversity
CEV- European Volunteer Centre
Climate Action Network Europe (CAN Europe)
Climate Alliance
COFACE Families Europe
Conservation International Europe CI-Europe
Cooperatives Europe
Culture Action Europe
Deutsche Stiftung Weltbevoelkerung (DSW)
Don Bosco International
ECOLISE
Education International
EU-CORD
Eurochild
Eurodiaconia
EuroNGOs
European Anti-Poverty Network (EAPN)
European Association for the Education of Adults (EAEA)
European Civic Forum
European Disability Forum (EDF)
European Environmental Bureau (EEB)
European Federation of National Organisations Working with the Homeless (FEANTSA)
European Partnership for Democracy
European Patients' Forum
European Public Health Alliance (EPHA)
European Volunteer Centre (EVC)
European Youth Forum
Fair Trade Advocacy Office
FERN
Friends of the Earth Europe
GCAP Italy
Global Call to Action Against Poverty (GCAP)
Global Forum for Media Development (GFMD)
Global Health Advocates
Green Budget Europe
HelpAge International
Housing Europe
IFOAM
International Council on Social Welfare (ICSW)
International Planned Parenthood Federation European Network (IPPF EN)
Lifelong Learning Platform
Light for the World International
Lithuanian NGDO Platform (NNVBO Platforma)
Make Mothers Matter EU delegation
National Youth Council of Ireland
Nyt Europe
Oxfam International EU Office
Plan International EU Office
Save the Children
Search for Common Ground
SKOP Malta
SLOGA – Slovenian Global Action Social Platform
Soleterre – Strategie di Pace ONLUS
SOLIDAR
SOS Children's Villages
Stakeholder Forum for a Sustainable Future
Stop AIDS Alliance
Terre des Hommes
The Danish 92 Group
The Finnish NGDO Platform to the EU Kehys
Transparency International EU
Wetlands International – European Association
Women Engage for a Common Future (WECF)
World Vision EU Representation Office
WWF European Policy Office

[#yEURMANIFESTO](#) [#FutureOfEurope](#) [#SDGs](#) [#Elections2019](#)